

Nur „wohlwollendes Desinteresse“ übrig

Experte beklagt fehlenden gesellschaftlichen Diskurs über militärische Auslandseinsätze

Wetzlar (red). Auf Einladung der Wetzlarer Sektion der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik hat Wolfgang Stützer das Thema „Germans to the Front - von den Schwierigkeiten gelebter Bündnissolidarität“ unter die Lupe genommen.

Der Politologe und Leiter des Büros für Transatlantische Beratung und Kommunikation bei Tübingen hatte lange für FDP-nahe Stiftungen und Weiterbildungsstätten sowie in der FDP-Bundesgeschäftsstelle gewirkt, bevor er 1988 freiberuflicher Berater beiderseits des Atlantik wurde.

Mag das Thema bei etlichen Zuhörern zunächst die Erwartung erzeugt haben, der Referent würde über die jeweiligen Schwierigkeiten im Bündnis zwischen Deutschland und seinen Partnern sprechen, so wurde bald deutlich, dass er die Probleme fast ausnahmslos

und recht selbstkritisch auf deutscher Seite sieht.

Traumatisiert durch die Ereignisse und Folgen der Jahre 1933 bis 1945 sei eine aktive Verfolgung politischer Ziele mit militärischen Mitteln außerhalb Deutschlands politisch bei uns immer noch nicht durchsetzbar.

Es fehle an einem breiten sicherheitspolitischen Diskurs und einem entsprechenden Gesamtkonzept. Weltweitem Terrorismus und damit verbundener asymmetrischer Kriegführung sei nur mit Selbstverteidigung nicht wirksam zu begegnen. Und Piraterie im Bereich



Wolfgang Stützer sprach über die Probleme der militärischen Bündnisfähigkeit Deutschlands. (Foto: privat)

von Welthandels-Seewegen zu bekämpfen, könne nicht ausschließlich Aufgabe der US-Amerikaner sein, wir Europäer stünden im eigenen Interesse

ebenso in der Pflicht zu handeln.

Dabei besitze die Bundeswehr durchaus die nötigen Fähigkeiten und Mittel, die etwa in Afghanistan gefragt seien. Wegen ihres defensiven Auftrages habe sie aber zum Beispiel einen identifizierten Taliban-Führer „laufen lassen“.

■ Soldaten ohne Anerkennung

„Unsere Elitetruppe, das Kommando Spezialkräfte, haben wir nur geschaffen, weil die Partner solche Verbände auch haben, wir nutzen es aber nicht gemäß ihren Fähigkeiten“, formulierte Stützer. Und weil die Nato-Verbündeten die nicht ausgeschöpften Möglich-

keiten der Bundeswehr kennen und einige von ihnen deutlich mehr Verluste hätten, halte die Kritik an der deutschen politischen Zurückhaltung nicht nur seitens der Amerikaner, Kanadier und Briten an.

Demotivierend sei es für aus dem Einsatz zurückkehrende Soldaten, dass ihrem lebensgefährlichen Einsatz von der Gesellschaft überwiegend nur „wohlwollendes Desinteresse“ gewidmet werde.

Zusammenfassend beklagte der Referent die im Bündnis diskutierten deutschen Defizite, konnte aber auch keinen aussichtsreichen Weg weisen, Gesellschaft und Politik zu einer positiveren Grundeinstellung und zu einer weniger restriktiven Sicherheitspolitik zu bewegen.